

## NEIN ZUM SPARPAKET 27!

**Am 13. Dezember 2025 hat ein Bündnis bestehend aus der Partei der Arbeit der Schweiz, der Kommunistischen Jugend der Schweiz, der Schweizerischen Friedensbewegung und dem Pangea Kollektiv eine Kundgebung gegen das Sparpaket EP27 auf dem Bundesplatz durchgeführt. Mit diesem Sparpaket will der Bundesrat die Kosten für die Aufrüstung der Armee auf die Bevölkerung abwälzen. Geplant sind einschneidende Sparmassnahmen im Bereich der Bildung, ÖV, Umwelt und im Sozialwesen. Rund 400 Personen folgten unserem Aufruf und setzten ein starkes Zeichen gegen die Sparpolitik. Timeo Antognini, Co-Präsident der Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS), hielt dabei eine Rede, in der er zu einer breiten Front aller fortschrittlicher Kräfte gegen die Sparpolitik aufrief. Im Folgenden die Rede im Wortlaut:**

«Wieso sind wir hier auf dem Bundesplatz? Weil der Bundesrat, das Parlament und die bürgerliche Mehrheit hier drüben, unter dem Vorwand der Sparsamkeit und der Schuldenbremse bei den sozialen Ausgaben sparen möchten. Gleichzeitig erlauben sie sich aber, eine immer weiter fortschreitende Militarisierung zu finanzieren. Wie das SRF gestern berichtete, möchte Verteidigungsminister Martin Pfister die vorgesehenen 36 Stück F-35 Kampffjets beschaffen, obwohl die Mehrkosten bis zu 1.35 Milliarden Franken betragen. Und er möchte noch viel mehr: Er will bis zu 34 zusätzliche Flugzeuge kaufen, möglicherweise wieder eine zweite Kampffjetflotte aufbauen. Plötzlich scheint es den Finanzen wieder besser zu gehen...

Und trotzdem spricht man gleichzeitig von nötigen Sparmassnahmen, die uns alle direkt treffen würden: höhere Billettpreise, höhere Studiengebühren, schlechtere Pflege in den Spitälern, Kündigungen, weniger Jobs, und so weiter...

Unsere Koalition fordert das Parlament dazu auf, das Sparpaket EP 27, das in den nächsten Tagen im Parlament diskutiert wird, abzulehnen. Statt auf Austerität und Militarismus zu setzen, sollte das Parlament zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit, für das Klima und den Frieden übergehen.

Wir werden bei der Annahme des Pakets in der Frühjahrssession 2026 das Referendum ergreifen und eine breite Kampagne lancieren. Die institutionellen Mittel reichen aber nicht. Gerade die grosse Mobilisation im Kanton Waadt in den letzten Wochen, mit Demos, mit Streiks und öffentlichem Druck hat uns gezeigt, wie wir gegen diese Sparmassnahmen vorgehen müssen.

Für die Partei der Arbeit der Schweiz ist klar, dass es eine breite Front gegen die Sparmassnahmen braucht. Sie ruft alle progressiven Kräfte dazu auf, den Kampf gegen dieses Sparpaket zu unterstützen. Kämpfen wir gemeinsam für soziale Gerechtigkeit, gegen die Klimakatastrophe und für Frieden, ohne Kompromisse gegenüber der rechten Mehrheit in Regierung und Parlament. Einige Gewerkschaften und linke Parteien haben sich bereits gegen die Sparmassnahmen auf kantonaler und nationaler Ebene ausgesprochen. Die Grünen haben sich erfreulicherweise bereits für die Ergreifung des Referendums ausgesprochen. Bei der Debatte zum Budget 2026 hat SP-Co-Präsident Wermuth festgehalten, dass die Sparmassnahmen ein politischer Entscheid und nicht finanzpolitisch notwendig sind. Die PdAS begrüsst, dass die beiden linken Parteien, die im Parlament vertreten sind, sich gegen Sparpolitik ausgesprochen haben. Somit sollte eine Zusammenarbeit im Kampf gegen die Austerität möglich sein.

Gleichzeitig fordert die PdAS die SP dazu auf, endlich den Tatsachen ins Auge zu sehen. Dieser Bundesrat wird nichts anderes als schädliche Politik für die allgemeine Bevölkerung liefern. Durch ihren Verbleib in der Regierung ist die Sozialdemokratische Partei für die Austeritätspolitik und den Militarismus der Regierung mitverantwortlich

und schwächt dadurch das Anliegen, das unsere Koalition vertritt. Um sich konsequent gegen diese Angriffe zu wehren braucht es eine echte Opposition, die die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter verteidigt.

Dafür braucht es in erster Linie die regelmässige Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Sparmassnahmen. Im Kanton Waadt brachte die seit Wochen andauernde Mobilisierung erste Erfolge, in der Form von Zugeständnissen der Regierung. Der Kampf muss jedoch weitergeführt werden, bis alle Sparmassnahmen vom Tisch sind.

Je passe rapidement au français. Au nom du Parti Suisse du Travail j'aimerais exprimer notre solidarité et notre soutien aux travailleurs et travailleuses du secteur public du canton Vaud, et toutes et tous ceux qui ont soutenu leur mobilisation. Vous êtes un exemple qui nous montre, comment il faut lutter contre l'austérité partout dans notre pays.

Una parola di solidarietà va anche alle nostre amiche e amici ticinesi, che in quanto regione periferica della svizzera saranno colpiti particolarmente dalle misure di austerità, se verranno imposte.

Ich komme zum Schluss... Unsere Koalition ruft alle auf: Werden wir gemeinsam aktiv. Kämpfen wir bereits jetzt gegen das Sparpaket EP27, und sollte es im Frühjahr trotzdem beschlossen werden, ergreifen wir gemeinsam das Referendum. Es geht um die Rechte und die Zukunft der Mehrheit der Bevölkerung.»

Timeo Antognini, Co-Präsident der Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS)

## KEINE EINMISCHUNG, KEINE SANKTIONEN

**Im Iran kommt es seit einigen Tagen zu grossen Demonstrationen und Protesten. Die PdAS verurteilt die Einmischungsversuche imperialistischer Mächte und fordert die Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran, durch die die Bevölkerung ausgehungert wird. Sie kritisiert**

**jedoch auch die unverhältnismässige Gewalt der Regierung.**

Seit mehreren Tagen sind im Iran grosse Protestkundgebungen im Gange. Wichtiger Auslöser der Demonstrationen sind die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Land. Die iranische Bevölkerung hat tatsächlich genug. Es handelt sich vor allem um eine soziale Revolte, die auf den Rückgang der Kaufkraft der Iraner:innen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes zurückzuführen ist, wobei auch die politischen Verhältnisse und die Repression wichtige Faktoren sind. Der Westen versucht dabei, die Proteste auszunutzen, um eine militärische Intervention zu rechtfertigen und einen seit langem angestrebten Regimewechsel durchzuführen.

Die westliche Propaganda verschweigt jedoch mehrere Aspekte:

- 1) Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hängen zum grossen Teil mit den barbarischen Sanktionen zusammen, die seit 2007 von den USA und ihren Verbündeten (darunter auch die Schweiz!) verhängt werden. Das Ziel der Sanktionen: Die Bevölkerung abtrünniger Regimes auszuhungern, um danach die dadurch entstehende Unzufriedenheit in Regimewechsel umzumünzen.
- 2) Die Mehrheit der Iraner:innen lehnt jede Form der Einmischung ab. Dies gilt sowohl für die Anhänger des derzeitigen Regimes als auch für seine Kritiker. Verschwiegen wird auch die Gewalt (wie das Niederbrennen von Moscheen und Regierungsgebäuden) der Demonstrierenden und die Präsenz von Gegendemonstrationen für die Regierung.
- 3) Schliesslich die skandalöse Förderung von Reza Pahlavi, dem Sohn des Schahs von Persien und Erbe eines blutrünstigen Herrschers in den Diensten des US- und britischen Imperialismus.

Angesichts all dieser Faktoren lehnt die PdAS die imperialistische Darstellung ab, die dazu dient, eine US-Intervention im Iran vorzubereiten. Es handelt sich um dieselbe Art von Propaganda, die im Irak und in Libyen verwendet wurde und derzeit in Venezuela zum Einsatz kommt.

Die PdAS unterstützt das reaktionäre iranische Regime nicht und verurteilt die unverhältnismässige Gewalt der Regierung. Es muss jedoch festgestellt werden, dass es eine nicht zu vernachlässigende Basis in der iranischen Bevölkerung hat. Die PdAS

ist der Meinung, dass es Sache des iranischen Volkes ist, über sein Schicksal zu entscheiden, und lehnt jede Form von Einmischung von aussen ab. Darüber hinaus ist die Aufhebung der Sanktionen zentral. Timeo Antognini, Co-Präsident der Partei der Arbeit der Schweiz, hält fest: «Wir fordern den Bundesrat dazu auf, diese imperialistischen und barbarischen Sanktionen aufzuheben. Das ist die einzige Solidarität, die die iranische Bevölkerung von der Schweizer Regierung braucht.»

Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS)

## SOLIDARITÄTS- BEKUNDUNGEN DER STADT BERN

### Interpellation der PdA/AL Fraktion im Stadtrat

#### Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1.) Nach welchen Kriterien entscheidet die Stadt Bern, zu welchen internationalen Konflikten sie öffentlich Stellung nimmt?

1.1. Gibt es bspw. klare Leitlinien oder Grundsätze für den Umgang mit internationalen Konflikten?

1.2. Falls nein: sind solche geplant? Wenn nicht, weshalb nicht?

2.) Welche Stellen, Direktionen oder Mitglieder des Gemeinderats sind bei der Vorbereitung solcher Stellungnahmen involviert?

2.1. Zieht der Gemeinderat allenfalls Expert\*innen oder Analysen bei, um anhand menschenrechtlicher, humanitärer Analysen Entscheidungen zu treffen?

3.) Warum weist der Gemeinderat nicht im gleichen Masse auf die eklatanten Völkerrechtsverletzungen beispielsweise in Venezuela oder Palästina hin, wie er dies für die Ukraine getan hat?

3.1. Wurden in Bezug auf Venezuela oder Palästina interne Diskussionen im Gemeinderat geführt, die zu einer bewussten Entscheidung geführt haben, kein öffentliches Statement abzugeben?

3.2. Falls ja, aus welchen Gründen?

4.) Wie beurteilt der Gemeinderat die Gefahr, durch selektive Stellungnahmen als inkonsistent und politisch opportunistisch wahrgenommen zu werden?

#### Begründung

Der Gemeinderat der Stadt Bern hat sich in der Vergangenheit wiederholt öffentlich zu internationalen Konflikten und Ereignissen geäußert. Hervorzuheben ist die klare öffentliche Stellungnahme des Gemeinderats zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Februar/März 2022, einschliesslich Solidaritätsbekundungen, Medienmitteilungen und einer aktiven, symbolischen Präsenz von Mitgliedern des Gemeinderats an öffentlichen Kundgebungen.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass sich der Gemeinderat bei etlichen anderen internationalen Konflikten, Kriegen oder politischen Krisen – etwa im Zusammenhang mit Palästina, Sudan oder jüngst Venezuela oder Iran – nicht oder deutlich zurückhaltender öffentlich positioniert hat, obwohl auch diese Themen in der Stadt Bern politisch breit diskutiert werden, Demonstrationen stattfinden u.v.m. Diese unterschiedliche Praxis wirft grundlegende Fragen bezüglich der Kohärenz, Systematik und Legitimation kommunaler Stellungnahmen zu internationalen Konflikten auf. Die Entscheidungsgrundlagen und institutionellen Prozesse, die zu einer öffentlichen Positionierung und öffentlichem Mitgefühl des Berner Gemeinderats führen (oder eben nicht), scheinen unklar.

Gerade weil die Stadt Bern bei einzelnen Konflikten sichtbar Position bezieht und damit politisch-symbolisch handelt, ist es notwendig, diese Praxis transparent zu machen. Ohne diese Transparenz entsteht der Eindruck selektiver Empathie oder politischer Opportunität, was nicht im Interesse der Stadt Bern sein kann.

Von Matteo Micieli (PdA), Anouk Ursin und Raffael Joggi (AL)

#### Impressum:

PdA POP Partei der Arbeit des Kantons Bern  
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern  
www.pdabern.ch / www.popbienne.ch  
mail@pdabern.ch  
Kontonummer: 30-26786-9  
IBAN: CH51 0900 0000 3002 67869

# KEINE SCHWEIZER WAFFEN FÜR BÜRGERKRIEGE!



CA



## REFERENDUM GEGEN die Änderung vom 19. Dezember 2025 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (KMG).

Im Bundesblatt veröffentlicht am 7. Januar 2026. Die unterzeichnenden stimmberechtigten Schweizer Bürger\*innen verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59a-66, dass die Änderung vom 19. Dezember 2025 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG) der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürger\*innen, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Wer bei der Unterschriftensammlung besticht oder sich bestecken lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 bzw. nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Auf diesem Blatt können nur Personen aus einer einzigen Gemeinde unterschreiben. Bei Bedarf schicken wir gerne weitere, Bestellung auf [kriegsmaterial-referendum.ch](http://kriegsmaterial-referendum.ch)

PLZ:	Kanton:			Politische Gemeinde:		Kontrolle durch Behörde	Mehr Informationen <small>Integrität   Referendum   Datenschutz</small>
	Namen und Vornamen eigenhändig	Geburtsdatum (Tag   Monat   Jahr)		Strasse und Hausnummer Ort bzw. Gemeinde oben, eine pro Blatt			
1.							
2.							
3.							
4.							
5.							
6.							
7.							
8.							
9.							
10.							

Ablauf der Referendumsfrist: 17. April 2026.

Die unterzeichnende <b>Amtsperson</b> bescheinigt hiermit, dass die nachfolgende <b>Anzahl</b> der obenstehende Unterzeichner*innen in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politische Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.		<b>Anzahl:</b>	<b>Amtsstempel:</b>
<b>Ort:</b>	<b>Eigenhändige Unterschrift:</b>		
<b>Datum:</b>	<b>Amtliche Eigenschaft:</b>		

Wir bitten darum, diese Liste **sofort** zurück zu schicken an: Kriegsmaterial-Referendum, Postfach 1069, 8031 Zürich.

Die Liste muss nicht vollständig ausgefüllt sein, wir sind auch für einzelne Unterschriften dankbar. Wir schicken bei Bedarf gerne weitere Listen zu.

## **MITTEILUNG ZU DEN KANTONALEN WAHL- EN VOM 29. MÄRZ 26**

**Die Berner Sektion der PdA hat beschlossen, nicht an den Grossrats- und Regierungsratswahlen vom 29. März 2026 teilzunehmen. Dies betrifft insbesondere die Wahlkreise Bern und Biel, wo die Partei bei früheren Wahlen teilgenommen hatte. Diese Entscheidung wurde sorgfältig abgewogen und ist strategisch begründet.**

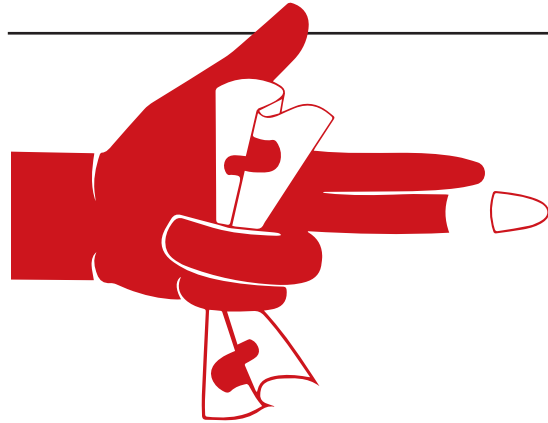
Erstens basiert diese Entscheidung auf einer Analyse der Wirksamkeit des Wahlkampfs. Für die PdA Bern, die nur über begrenzte Ressourcen verfügt, bedeutet die Teilnahme an einer Wahl eine erhebliche Investition für eine begrenzte Wirkung. Finanziell kann die Partei zwar auf die Unterstützung ihrer Mitglieder und Sympathisant\*innen zählen, verfügt jedoch weder über bedeutende finanzielle Mittel noch über Grossspender. Was den Zeitaufwand angeht, hat die Partei beschlossen, ausserparlamentarischen Aktivitäten zu bevorzugen. So hat sich die Partei in den letzten Monaten durch mehrere politische Aktionen hervorgehoben, darunter ihre Beteiligung am Bauarbeiterstreik sowie die Organisation einer Reihe von Veranstaltungen zum Thema Faschismus. Dieses Engagement wird mit dem Referendum gegen EP27 und, im weiteren Sinne, mit dem Kampf gegen die Sparpolitik sowie mit weiteren politischen Aktionen, die bereits in Vorbereitung sind, fortgesetzt.

Schliesslich werfen diese Wahlen Fragen hinsichtlich ihrer demokratischen Repräsentativität auf. Die Wahlbeteiligung ist in der Regel gering und liegt bei etwa 30 %, während Ausländerinnen und Ausländer weiterhin kein Wahlrecht haben. Darüber hinaus scheinen die Themen oft entfernt von den konkreten Anliegen der Bevölkerung. Die demokratische Bedeutung dieser Wahl muss daher relativiert werden.

Die PdA Bern ruft jedoch nicht zur Enthaltung auf. Für diejenigen, die daran teilnehmen können, sind die Kosten der Wahlbeteiligung in der Tat minimal, auch wenn die direkten Auswirkungen auf die Lebensbedingungen begrenzt bleiben. Daher lädt sie

seine Mitglieder und Sympathisant\*innen dazu ein, progressive Kandidat\*innen verschiedener Listen zu unterstützen, um der rückschrittlichen Politik des Kantons und insbesondere von Schnegg entgegenzuwirken.

PdA Bern



## **REFERENDUM GEGEN DIE LOCKERUNG VON KRIEGSMATERIALEXPORTEN**

In der parlamentarischen Session vom vergangenen Dezember hat die Schweiz beschlossen, den Verkauf von Kriegsmaterial zu erleichtern. In einer Krisenzeit wie der, die wir gerade durchleben, ist dies ein weiterer Schritt in Richtung Chaos, Militarisierung und Zerstörung. In unserem Land wie auch anderswo sind die Bürgerlichen besorgt über die Überlastung des Marktes. Sie brauchen neue Anteile, um weiter investieren zu können (und so ihr Kapital weiter zu vermehren). Krieg ist ein perfekter Markt, da nicht nur ständig mehr und Besseres Material benötigt wird, sondern er auch Zerstörung bringt und beim Wiederaufbau neue Märkte schafft. Zusätzlich zu den Gewinnen, die einige direkt aus dem Verkauf ziehen können, treibt diese Öffnung der Märkte bürgerliche Staaten wie Deutschland dazu, sich dieser Dynamik der Militarisierung anzuschliessen. Diese Gesetzesänderung in der Schweiz folgt einer gefährlichen Dynamik, der wir uns unbedingt widersetzen müssen. Es war übrigens die Erhöhung des Armeebudgets, die bei den Abstimmungen über den Haushalt 2026 und über das «Entlastungsprogramm 27» zu Kürzungen in bestimmten Bereichen (wie z. B. der humanitären Hilfe) geführt hat.

## **80 JAHRE BEFREIUNG VON FASCHISMUS UND KRIEG**

1945, vor 80 Jahren, endete eine der dunkelsten Epochen Europas: Die faschistischen Regime Italiens und Deutschlands hatten den Kontinent in Krieg und Genozid gestürzt. Wie der antikoloniale Denker Aimé Césaire betonte, war der Faschismus der «nach Hause geholte Imperialismus» – eine brutale Machtpolitik, die zuerst nur die kolonialisierten Länder getroffen hatte und nun auch die europäischen Gesellschaften selbst zerfrass. Gleichzeitig diente er der Zerschlagung von Arbeiterbewegungen und kommunistischen Kräften, die als Bedrohung für die Machteliten galten. Diese Verbindung von Gewalt, Wirtschaftssystem und Herrschaft zeigt: Der Faschismus lässt sich nicht auf die Vergangenheit reduzieren und der antifaschistische Kampf ist noch lange nicht vorbei. Deshalb organisiert die Partei der Arbeit Bern eine Reihe von Veranstaltungen und Konferenzen, um dieses Thema zu vertiefen.

Nachdem wir uns in den ersten Teilen unserer Veranstaltungsreihe mit dem historischen Faschismus beschäftigt haben, wollen wir nun herausfinden, wie uns diese Geschichte helfen kann, die aktuellen Krisen zu verstehen. Insbesondere werden wir uns mit den beiden grossen Krisen befassen, die unsere Gegenwart bestimmen: der Klimakrise und dem Aufstieg der extremen Rechten. **Zu diesem Zweck freuen wir uns, Jérôme Spielmann, Mitglied der PdA Bern und Autor eines Buches zum Thema, begrüßen zu dürfen.** Er wird die Thesen seines Buches vorstellen, über die wir anschliessend diskutieren können. Zum Abschluss werden wir bei einem Apéro die Diskussion in gemütlicher Atmosphäre fortsetzen.

Das Buch «Essai d'écologie politique antifasciste» ist bisher in französisch erschienen und kann vor Ort gekauft, oder unter [antifa.eco](http://antifa.eco) bestellt werden.

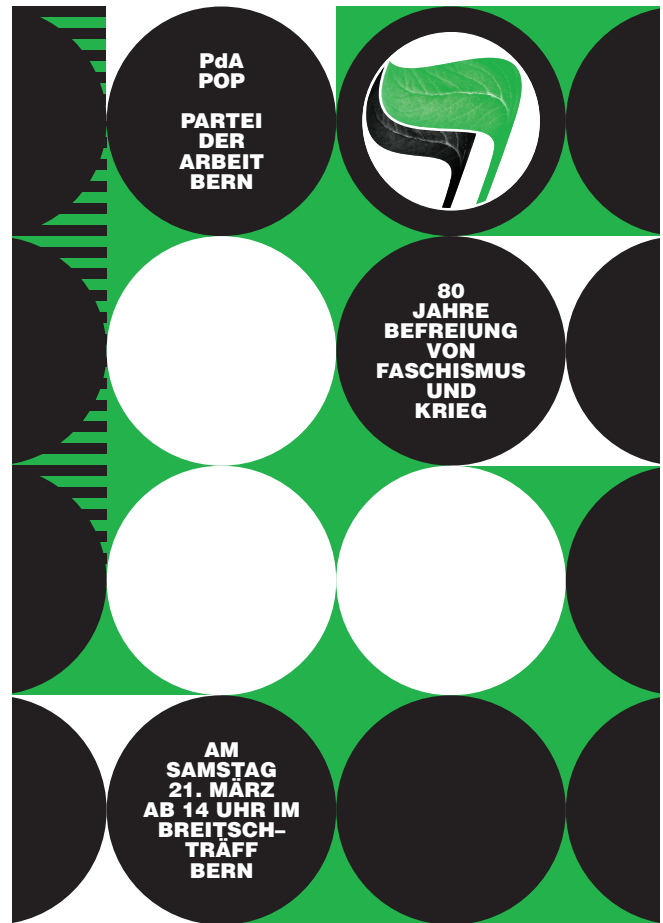
### **Programm:**

**14 Uhr: Türöffnung**

**14 Uhr 30: Vortrag und Diskussion**

**16 Uhr 30: Apéro**

**Siamo tutti antifascisti!**



**SAMSTAG, 21. MÄRZ 2026, AB 14 UHR IM BREITSCH-TRÄFF, BREITENRAINPLATZ 27, 3014 BERN. EINE VERANSTALTUNGSREIHE DER PdA BERN ZU 80 JAHRE BEFREIUNG VON FASCHISMUS UND KRIEG**

## **WEITERE DATEN:**

**Mitgliederversammlungen 19 Uhr:**

**Dienstag 10. Februar**

**Montag 20. April**

**Dienstag 16. Juni**

**Montag 24. August**

**Dienstag 13. Oktober**

**Montag 7. Dezember**

**Stammtische, Brasserie Lorraine 18 Uhr:**

**Mittwoch 18. März**

**Mittwoch 20. Mai**

**Donnerstag 16. Juli**

**Mittwoch 16. September**

**Mittwoch 18. November**